

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Der "mündige" Wähler?: Ein Ansatz zur Erklärung des Wählerverhaltens, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1983

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1986) : Der "mündige" Wähler?: Ein Ansatz zur Erklärung des Wählerverhaltens, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1983, In: Hans-Dieter Klingemann, Dieter Roth, Ulrich Sarcinelli. Wahlen und Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, ISBN 3-12-964811-9, Klett, Stuttgart, pp. 45-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112356>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Der „mündige“ Wähler?

Ein Ansatz zur Erklärung des Wählerverhaltens, dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1983

I. Das Konzept des „mündigen“ Wählers

In der empirischen Wahlforschung dominieren Erklärungsansätze, die einen Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Konfliktlinien und der politischen Orientierung der Bürger herstellen. Die These, daß die politischen Parteien als Repräsentanten von Klasseninteressen anzusehen seien, findet dabei die größte Aufmerksamkeit. „Linke“ Parteien sind danach die Anwälte der unteren Schichten, „rechte“ Parteien die der höheren Schichten. Dieses Konzept der Erklärung von Wählerverhalten kann unschwer auf andere Sachverhalte sozialer Ungleichheit übertragen werden, zum Beispiel auf konfessionelle, ethnische oder regionale Gruppenzugehörigkeiten. Der Ansatz hebt stark auf die objektiven Merkmale der sozialen Lagerung ab und geht davon aus, daß sich die typischen Soziallagen der Bevölkerung in der Regel unmittelbar in das politische Konfliktsystem umsetzen.

Nun kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Wählerschaften der meisten politischen Parteien in den westlichen Demokratien, zumindest der Tendenz nach, auch unter sozialstrukturellen Aspekten unterscheiden. Für die Bundesrepublik gilt etwa die Feststellung, daß sich die gewerkschaftlich gebundene Arbeiterschaft vor allem der SPD zuwendet und daß die CDU/CSU im traditionell katholischen Milieu dominiert. Es scheint, insbesondere in der historischen Perspektive, plausibel, daß sich die unter solchen Bedingungen gesammelten Lebenserfahrungen zu einer typischen Mentalität verdichten können, die auch für die Wahlentscheidung von Bedeutung ist. Die Frage ist nur, ob diese Art der sozialen Milieus die Realität der modernen Industriegesellschaft noch kennzeichnet. Ein Blick auf das Ausmaß der sozialen (vor allem der beruflichen) und der regionalen Mobilität zeigt, daß dies kaum der Fall ist. Auch die gestiegenen Bildungschancen und die Entwicklung des Systems der Massenkommunikation lassen vermuten, daß ein sozialstrukturell-deterministischer Ansatz der Erklärung des Wählerverhaltens der entwickelten Industriegesellschaft nicht mehr gerecht wird.

Im Gegensatz zu den sozialstrukturellen Erklärungsversuchen der Wahlentscheidung wollen wir den Einstellungen zu den politischen Parteien besondere Aufmerksamkeit widmen. Diese Sichtweise folgt der Michigan-Schule der Wahlforschung. Sie geht von der Annahme aus, daß „the direction of a person's vote will depend in an immediate sense on his perceptions and evaluations of the things he sees in national politics.“⁴¹ Dabei gilt, daß der Wähler zwischen den Sachverhalten, die er wahrnimmt, und den politischen Parteien einen Zusammenhang herstellen muß, ehe von einem Einfluß auf die Wahlentscheidung gesprochen werden kann. Das bedeutet gleichzeitig, daß der jeweils aktuellen innen- und außenpolitischen Situation Bedeutung für die Ausprägung der Einstellungen zugemessen wird. Dadurch können kurzfristige Veränderungen des Wahlverhaltens in der Regel besser geklärt werden als durch sozialstrukturelle Merkmale, denen eher langfristige Einflüsse zugeschrieben werden.

Diese Art der Betrachtung läßt Raum für einen genuinen Beitrag der Politik hinsichtlich der Bestimmung des Wahlverhaltens. Sie bezieht die jeweiligen Problemlagen der Gesellschaft,

die Problemdefinitionen und das Problemlösungsverhalten der politischen Akteure mit ein. Dabei gehen wir davon aus, daß sich die Einstellungsmuster in der Bevölkerung mit Bezug auf die Dynamik gesamtgesellschaftlicher politischer Konstellationen formen. Sie können als Urteil der Wählerschaft über die vergangene, gegenwärtige und zukünftig erwartete Situation aufgefaßt werden. Die Qualität solcher Urteile, das Verhältnis der subjektiven Vorstellungen zu den objektiven Gegebenheiten, bleibt hier zunächst ungeklärt. Es ist jedoch voreilig, die Urteilskraft der Wählerschaft entwickelter Industriegesellschaften zu unterschätzen. „Der Grad der Freibeweglichkeit der Images auf der Realitätsebene ist viel geringer, als gemeinhin angenommen wird, die Verflochtenheit mit objektiven Beschaffenheiten in aller Regel enger, als auf den ersten Blick zu erkennen.“² Politische Parteien sind keine qualitätsanonymen Objekte. Sie haben eine Geschichte. Die Theorie der retrospektiven Wahlentscheidung rückt diesen Umstand ins Blickfeld. Sie sieht die Wählerschaft als „appraiser of past events, past performance, and past actions. It judges retrospectively; it commands prospectively only insofar as it expresses either approval or disapproval of that which has happened before.“³ Eine andere Version postuliert, daß es für den Bürger rationaler sei „to ground his voting decision on current events than purely future ones.“⁴ Fiorina hat diese Überlegungen formalisiert und die Tragfähigkeit des Konzepts anhand amerikanischer Daten nachgewiesen.⁵ Der Wandel von „social group politics“ zur „issue politics“ als strukturprägender Politiktypus setzt den „mündigen Wähler“ voraus. Das politische Interesse, die politische Information und die Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen, darf nicht länger Sache einer kleinen Minderheit sein. Der empirische Befund zeigt, daß der Bevölkerungsteil, auf den solche Merkmale zutreffen, nicht nur in der Bundesrepublik im Zeitverlauf gewachsen ist. Wir wollen die Tragfähigkeit dieser Überlegungen am Beispiel der Bundestagswahl des Jahres 1983 erkunden. Die vorgezogene Wahl zum 10. Deutschen Bundestag zeigte, bei einer Wahlbeteiligung von 89,1 Prozent, das folgende Bild:

1. Die CDU/CSU gewann gegenüber 1980 4,3 Prozentpunkte und erzielte mit einem Anteil von 48,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt.
2. Die FDP verlor 3,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorwahl. Sie kam auf 7,0 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Dies ist ein relativ schlechtes Ergebnis. Nur 1969, dem Jahr des Koalitionswechsels zur SPD, hatte die Partei bei Bundestagswahlen noch schlechter abgeschnitten. Dennoch verhalten die von der FDP 1983 insgesamt errungenen 34 Mandate der CDU/CSU-FDP Regierung zu einer komfortablen Mehrheit im Parlament (278 der insgesamt 498 Mandate).
3. Die SPD verlor gegenüber 1980 4,7 Prozentpunkte und erreichte 38,2 Prozent der gültigen Zweitstimmen im Jahr 1983. Sie ist damit der eindeutige Verlierer der Bundestagswahl. Ihr Stärkeverhältnis entspricht dem Mitte der sechziger Jahre.
4. Den Grünen gelang mit einem Zweitstimmenanteil von 5,6 Prozent der Einzug in den Bundestag. Nur einmal sonst konnte eine vierte Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringen: der GB/BHE im Jahre 1953. Die Grünen gehören also zu den Gewinnern der Bundestagswahl 1983. Dies insbesondere dann, wenn sie ernsthaft in die Koalitionskalküle der anderen im Bundestag vertretenen Parteien eingehen. Insgesamt scheint die Opposition, da geteilt, nunmehr geschwächt. 193 Oppositionsmandate entfallen auf die SPD, 27 auf die neue Partei.

Wie ist das Zustandekommen dieses Wahlausgangs zu deuten? In diesem Beitrag gehen wir – wie dargelegt – davon aus, daß die Wahlentscheidung des mündigen Bürgers in erster Linie im Zusammenhang mit dem Politikangebot und der Leistungsfähigkeit der zur Wahl stehenden Parteien erklärt werden muß. Es gilt die These, daß der Wähler sich ein Urteil über die politischen Parteien bildet, indem er die positiven und die negativen Argumente gegeneinander abwägt und sein schließliches Stimmverhalten daran orientiert.

II. Die Parteien im Urteil des Wählers

Die Daten, die zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen dienen sollen, wurden im Februar 1983 mit Hilfe einer für die wahlberechtigte Wohnbevölkerung repräsentativen Umfrage erhoben.⁶ Zu Vergleichszwecken können entsprechende Daten aus den Jahren 1969, 1972, 1976 und 1980 herangezogen werden.⁷

Um die Vielfalt der möglichen Einstellungen der Befragten zu erfassen und sie gleichzeitig auf solche zu beschränken, die dem Wähler in der jeweiligen politischen Situation wichtig und tatsächlich bewußt sind, wurde auf ein Meßinstrument mit vorformulierten Antworten verzichtet. Es wurden vielmehr die folgenden offenen, ganz allgemein gehaltenen Fragen gestellt, auf die der Befragte mit seinen eigenen Worten antworten konnte:

„Nun würde mich interessieren, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien – CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen – sind: Was gefällt Ihnen an der CDU/CSU (SPD, FDP, den Grünen)? Was gefällt Ihnen nicht an der CDU/CSU (SPD, FDP, den Grünen)?“

Die Interviewer waren angewiesen, sorgfältig zu protokollieren und ausführlich nachzufragen. Die Interviewprotokolle wurden unter Verwendung eines komplexen Klassifikationschemas von geschulten Vercodern nach den Regeln der quantitativen Inhaltsanalyse verschlüsselt. Die Verlässlichkeit der Verschlüsselung entspricht den üblichen Standards. Das Klassifikationsschema bietet die folgenden acht Hauptkategorien an, in die die von den Befragten verwendeten Argumente eingeordnet wurden:

- | | |
|------------------------------|--|
| 1) Ideologische Argumente | 5) Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind |
| 2) Gruppenbezogene Argumente | 6) Argumente, die auf Politiker bezogen sind |
| 3) Innenpolitische Argumente | 7) Unpolitische Argumente |
| 4) Außenpolitische Argumente | 8) Unspezifische Argumente |

Um den spezifischen Bedeutungsgehalt dieser Kategorien in der Vorwahlsituation des Jahres 1983 deutlich zu machen, werden die jeweils dominanten Bezüge angegeben und durch ausgewählte Antwortbeispiele illustriert. Auf eine detaillierte Beschreibung der Definitionskriterien für die Kategorien des Klassifikationsschemas wird verzichtet, da sie bereits mehrfach publiziert und in dieser Literatur leicht zugänglich sind.⁸

1. Die Urteilsbereitschaft

In welchem Maße sind die Wähler bereit und in der Lage, die CDU/CSU, die SPD, die FDP und die Grünen zu beurteilen? Die Umfrage zeigt, daß über 90 Prozent der Wahlberechtigten sich mit positiven oder negativen Argumenten zu jeder einzelnen der infrage stehenden Parteien geäußert haben (s. Tab. 1). Dies ist, im Vergleich zu früheren Bundestagswahlen, ein hoher Prozentsatz.

Tabelle 1: Die Urteilsbereitschaft der Wählerschaft im Zeitverlauf: Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung, der nicht zur Meinungsäußerung bereit war

Beurteilte Partei	Zeitpunkt der Befragung (in %)				
	1983	1980	1976	1972	1969
CDU/CSU	4	9	12	14	20
FDP	8	17	19	28	–
SPD	5	7	9	13	22
Die Grünen	7	–	–	–	–

Fragt man ferner, wieviele Parteien von den Wählern beurteilt werden, dann ergibt die Analyse, daß die überwiegende Zahl die Vor- und Nachteile aller vier Parteien gegeneinander abwägt: 87 Prozent der Befragten nannten positive oder negative Argumente der vier im Interview angesprochenen Parteien; 7 Prozent beurteilten drei Parteien. Auf die verbleibenden Möglichkeiten entfielen jeweils nur 2 Prozent. Dies spricht für eine interessierte, informierte und urteilsbereite Wählerschaft.

2. Die Beurteilung der politischen Parteien

In diesem Abschnitt sollen die Vorstellungen herausgearbeitet werden, die sich die Bürger vor der Bundestagswahl 1983 von den vier angesprochenen politischen Parteien machten. Was beschäftigte die Bevölkerung im Zusammenhang mit den „alten“ Parteien, der CDU/CSU, der SPD und der FDP? Welche Themen standen hinsichtlich der „neuen“ Partei, der Grünen im Vordergrund?

a) Die CDU/CSU im Urteil der Wahlberechtigten

96 Prozent der Wahlberechtigten unternehmen es, die CDU/CSU zu beurteilen. Dabei konnten insgesamt 4407 Argumente aufgezeichnet werden. Auf den einzelnen Befragten entfallen im Durchschnitt 3,9 Argumente. Unter diesen Argumenten dominierten diejenigen, die auf die Innenpolitik und allgemein auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen waren. Danach folgten gruppenbezogene Argumente, unspezifische Argumente, ideologische Argumente und unpolitische Argumente (s. Tab. 2). Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Konzentration des Interesses auf die unterschiedlichen Themenbereiche sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob damit ein überwiegend positives oder negatives Urteil über die CDU/CSU verbunden ist.

Die Analyse zeigt, daß die CDU/CSU vor allem von der Überzeugung der Wähler profitiert hat, sie könne die anstehenden wirtschaftlichen Probleme besser meistern als ihre Konkurrenten. Dabei spielte das Problem einer Verringerung der Staatsschulden eine besondere Rolle. Die folgenden beiden Antworten illustrieren den allgemeinen Tenor:

„Sie (d. h. die CDU/CSU) sind realistischer. Sie sorgen am ehesten dafür, daß die Staatsfinanzen in Ordnung bleiben. Die streichen überflüssige Sozialausgaben.“

„Die CDU/CSU hat versucht aus der schlechten derzeitigen Lage das Beste zu machen. Sie versuchen die Staatsschulden zu verringern.“

Insgesamt waren 79 von 100 wirtschaftspolitischen Argumenten, die mit der CDU/CSU verknüpft wurden, im positiven Sinne gemeint. Dies war ein wesentlicher Grund, weshalb man die Partei wählen wollte.

Von ähnlichem Gewicht erwies sich auch die weit verbreitete Überzeugung, die CDU/CSU könne die Regierungsgeschäfte besser führen als die Mitbewerber. Die folgende Antwort ist dafür typisch:

„Sie (d. h. die CDU/CSU) haben eine gute Mannschaft und sie können ganz einfach besser regieren.“

Ebenfalls positiv, wenngleich zahlenmäßig weit weniger häufig, waren ein Teil der ideologischen Argumente („ist christlich“), der außenpolitischen Argumente („Ost- und Deutschlandpolitik“), der Verweis auf die Politiker der Partei („Politiker allgemein“) und die unpolitischen Argumente (unreflektierte Parteidentifikation).

Eine negative Bewertung erfuhr die CDU/CSU vor allem dann, wenn gruppenbezogene Argumente herangezogen wurden. In diesem Bereich wird die Partei als Interessenvertreter

Tabelle 2: Die Beurteilung der CDU/CSU vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	5	(199)	43			
darunter: ist konservativ				48	(95)	20
ist christlich				22	(43)	77
Gruppenbezogene Argumente	16	(715)	22			
darunter: ist für die Oberschicht				71	(505)	8
Innenpolitische Argumente	27	(1197)	64			
darunter: Wirtschaftspolitik				67	(807)	79
Sozialpolitik				21	(253)	30
Außenpolitische Argumente	7	(299)	45			
darunter: Ost- und Deutschlandpolitik				29	(86)	65
West- und Bündnispolitik				61	(182)	33
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	24	(1065)	47			
darunter: Regierungs- und Oppositionsleistung				40	(424)	73
politische Moral				27	(286)	15
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	13	(588)	44			
darunter: CDU/CSU-Kanzlerkandidat				22		
Parteiführer CSU				25	(130)	49
Sonstige CDU-CSU-Politiker					(149)	17
Politiker allgemein				17		
				36	(95)	36
					(211)	63
Unpolitische Argumente	2	(76)	63			
Unspezifische Argumente	6	(268)	35			
Insgesamt	100	(4407)	46			

der Oberschicht (der „Reichen“) angesehen. 71 Prozent aller gruppenbezogenen Argumente stellen einen solchen Bezug her und dieser Typ des Arguments führt in 92 von 100 Fällen zu einer negativen Bewertung der CDU/CSU. Ein Befragter drückt dies so aus:

„Man muß nur das neue Mietgesetz ansehen oder den Krankenkassenbeitrag für die Rentner. Auch für den Kuraufenthalt müssen DM 10,- mehr bezahlt werden. Das ist nicht gut. Sie müßten noch mehr für den Arbeitnehmer tun und nicht die Lasten auf deren Rücken austragen. Die Reichen werden zu wenig zur Kasse gebeten.“

In einer Reihe von weiteren Themenbereichen ist das Urteil der Bevölkerung ebenfalls überwiegend negativ. Das gilt etwa, wenn es um die politische Moral, die Sozialpolitik, die West- und Bündnispolitik oder die konservative politische Ideologie geht.

Damit sind die wesentlichen Konturen des Profils der CDU/CSU aus der Sicht der

Wahlberechtigten umschrieben. Zusammenfassend kann man sagen, daß der allgemeinen Kompetenzvermutung und dem Vertrauen in die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der Partei eine negative Bewertung hinsichtlich der Vertretung der Interessen des „kleinen Mannes“ gegenübersteht. Dies ist ein vertrautes Bewertungsmuster. Hinsichtlich der Kompetenzvermutungen werden sich die „Erben Adenauers“ in Zukunft allerdings auch am Maßstab der in der Vergangenheit einmal erbrachten Leistungen messen lassen müssen.

b) Die SPD im Urteil der Wahlberechtigten

Zu den Vor- und Nachteilen der SPD äußerten sich 95 Prozent der Befragten. Insgesamt nahmen die Interviewer 4695 Argumente zu Protokoll. Das sind im Durchschnitt 4,5 Argumente pro Befragter.

Tabelle 3: Die Beurteilung der SPD vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	5	(231)	34			
darunter: ist links				41	(95)	3
ist progressiv				14	(33)	42
ist liberal				20	(52)	83
Gruppenbezogene Argumente	18	(839)	77			
darunter: ist für die Unterschicht				70	(586)	93
Innenpolitische Argumente	30	(1414)	37			
darunter: Wirtschaftspolitik				55	(793)	15
Sozialpolitik				34	(468)	71
Außenpolitische Argumente	8	(401)	63			
darunter: Ost- und Deutschlandpolitik				48	(191)	65
West- und Bündnispolitik				37	(148)	59
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	23	(1057)	29			
darunter: Regierungs- und Oppositionsleistung				40	(421)	35
politische Moral				19	(207)	17
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	10	(450)	57			
darunter: SPD-Kanzlerkandidat				57	(258)	67
Sonstige SPD-Politiker				12	(55)	25
Politiker allgemein				30	(133)	52
Unpolitische Argumente	2	(98)	70			
Unspezifische Argumente	4	(205)	28			
Insgesamt	100	(4695)	47			

Wie bei der CDU/CSU, so wird auch die SPD in erster Linie durch innenpolitische Argumente, durch Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind und durch gruppenbezogene Argumente beurteilt (Tab. 3).

Der Grad der positiven Beurteilung der wirtschaftspolitischen Kompetenz der SPD und der Einschätzung ihrer allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit erreicht im Jahre 1983 – verglichen mit allen seit 1969 vorangegangenen Bundestagswahlen – ein Minimum. Antworten wie die folgenden, kennzeichnen die Tendenz des Urteils:

„Die SPD hat wirtschaftspolitisch versagt. Sie ist zu wenig für den Mittelstand eingetreten und hat zuviel Geld für soziale Belange ausgegeben. Und das oft noch für Bürger, die sehr gut verdienen. Sie hat zuviel Staatsschulden gemacht, zu wenig an die Zukunft gedacht und den Firmen, vor allem den kleineren, zu viele Lasten aufgebürdet.“

„Die SPD verspricht mehr als sie halten kann. Das war leider immer so. Dreizehn Jahre reichen wohl nicht aus um es besser zu machen als andere.“

Zu einer positiven Bewertung der wirtschaftspolitischen Kompetenz kommen nur noch 15 von 100 Argumenten, soweit sie auf die SPD bezogen werden. Hinsichtlich der Regierungsleistung liegt das Verhältnis bei 35 zu 65. Aus den Antworten dieses Typs spricht Enttäuschung und ein gewisser Zorn. Mancher Befragter bringt dies auf die folgende Formel:

„Sie (d. h. die SPD) haben den Karren in den Dreck gefahren.“

In anderen Themenbereichen schneidet die SPD dagegen deutlich positiver ab. Das gilt für die Sozialpolitik ebenso wie für die Außenpolitik und den Kanzlerkandidaten. Am wichtigsten für eine positive Beurteilung der SPD erweist sich jedoch auch im Jahre 1983 die historisch geprägte Überzeugung, daß es die SPD in erster Linie ist, die die Interessen der kleinen Leute, insbesondere der Arbeiterschaft, vertritt. Die folgende Antwort illustriert diese klassische Argumentationsfigur:

„Die SPD hat all die Jahre immer an den kleinen Mann gedacht. Wie ist es denn früher gewesen? Wir mußten arbeiten und arbeiten, und wenn wir nicht mehr konnten wurden ganz einfach andere Leute rangenommen, ohne Rücksicht darauf, wie man dann dastand.“ Oder, anders ausgedrückt:

„Sie (d. h. die SPD) setzen sich wieder stark für Gruppen ein, die sich selbst nicht wehren können.“

Insgesamt zeigt der skizzierte empirische Befund den wachsenden Zweifel der Bevölkerung an der Regierungsfähigkeit der SPD, vor allem aber an der Kompetenz im Bereich der Wirtschaftspolitik. Die Spannungen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und seiner Regierung einerseits und der Sozialdemokratischen Partei andererseits mögen dazu nicht zuletzt beigetragen haben. Dem steht jedoch als Aktivposten gegenüber, daß sich die SPD in den langen Jahren ihrer politischen Arbeit um die Interessenvertretung der Arbeiterschaft verdient gemacht hat. Auf dieses Wissen der Bevölkerung kann sich die SPD also selbst in „schlechten“ Zeiten immer noch zurückfallen lassen.

c) die FDP im Urteil der Wahlberechtigten

Die FDP beurteilten, mit durchschnittlich 3,0 Argumenten, 92 Prozent der Befragten (s. Tab. 4) Dies sind beachtliche Werte, die fast denen entsprechen, die für die beiden großen Parteien ermittelt wurden. Als ein „unbekanntes Wesen“ kann man die FDP also nicht bezeichnen.

Fragen der politischen Moral und des Koalitionsverhaltens erwiesen sich für die Beurteilung der FDP vor der Bundestagswahl 1983 von überragender Bedeutung. Alle anderen Themenbereiche traten demgegenüber in den Hintergrund. Dem politischen Personal, den unspezifi-

schen Argumenten („mir gefällt alles/mir gefällt nichts“) und der ideologischen Orientierung kommt noch eine gewisse Wichtigkeit zu. Der Gruppenbezug, die Innen- und die Außenpolitik fallen zahlenmäßig so gut wie gar nicht ins Gewicht.

Tabelle 4: Die Beurteilung der F.D.P. vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente darunter: ist liberal	7	(235)	72	61	(141)	94
Gruppenbezogene Argumente darunter: ist für die Oberschicht	4	(130)	36	61	(80)	20
Innenpolitische Argumente darunter: Wirtschaftspolitik Sozialpolitik	5	(149)	66	68 18	(101) (26)	69 38
Außenpolitische Argumente darunter: Ost- und Deutschlandpolitik West- und Bündnispolitik	1	(51)	92	33 22	(17) (11)	100 82
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind darunter: Koalitionsverhalten politische Moral	59	(1939)	26	26 38	(508) (735)	34 9
Argumente, die auf Politiker bezogen sind darunter: Parteiführer F.D.P. Sonstige F.D.P.-Politiker Politiker allgemein	12	(389)	49	46 29 25	(178) (112) (96)	49 45 52
Unpolitische Argumente	2	(75)	35			
Unspezifische Argumente	10	(335)	8			
Insgesamt	100	(3303)	33			

Angesichts des Koalitionswechsels der FDP und der Umstände die ihn begleiteten, verwundert die Konzentration der Argumente auf die Themen der politischen Moral und der Koalitionsproblematik nicht. In beiden Fällen hat dies eine positive Beurteilung der FDP nicht gefördert. Ein Verweis auf die politische Moral ist, das gilt auch für die anderen Parteien, in aller Regel negativ begründet. Das an der Koalitionsfrage festgemachte Urteil hat sich für die FDP ebenfalls schon immer negativ ausgewirkt. Die Anhänger der Partei, mit der die FDP nicht koalitiert, sind eben deshalb nicht zufrieden. Aber auch die Anhänger der jeweiligen Koalitionspartei meinen, die FDP verhindere die volle Verwirklichung der Ziele der eigenen Partei. Nur diejenigen, die sich von einer Regierungsbeteiligung der FDP eine „liberale“ Politik erhoffen, kommen zu einer positiven Wertung – und dieser Teil der Wähler ist in der Minderheit. Die folgenden Beispiele zeigen den moralischen Unterton, der in vielen derartigen Argumenten zum Ausdruck kam. Von „Verrat“ war die Rede.

„Die FDP hat kein gutes Spiel mit Helmut Schmidt getrieben. Sie hat den Bundeskanzler verraten. Man kann sagen was man will: die FDP hat keine gute Tat vollbracht. Ich persönlich halte sie für eine Verräterpartei.“

„Im Moment bin ich mit der FDP ganz und gar nicht zufrieden. Mit der SPD hatten sie es doch gut für uns gemacht; wir waren zufrieden damit. Aber jetzt haben sie den Helmut Schmidt verraten; und was ist dabei für ein Durcheinander herausgekommen. Nein, nein – so geht es nun doch auch nicht.“

Nach der Koalitionsproblematik spielte, wenn auch mit größerem Abstand, die Bewertung der Qualität des politischen Personals eine Rolle. Personenbezogene Argumente wirkten sich in der Regel für die Partei positiv aus. In den Jahren 1976 und 1980 waren jeweils 80 Prozent der personenbezogenen Argumente positiv gemeint. Im Jahre 1983 wurde nur noch ein positiver Anteil von 49 Prozent gemessen. Dies kennzeichnet ein für die FDP bedrohliches Bild, zumal sie weder im innen- noch im außenpolitischen Bereich ein spezielles Thema in gewichtiger Weise besetzt.

Die ideologische Grundposition der Partei („ist liberal“) bot indes auch 1983 einen positiven Anknüpfungspunkt. 94 von 100 solcher Argumente waren mit einem positiven Urteil verknüpft. Als Beispiele können die folgenden Antworten gelten:

„Die Liberalität der FDP ist das einzige, was mir im Augenblick an der Partei gefällt.“

„Man braucht doch liberale Kräfte in der Politik.“

Insgesamt gilt, daß sich in einem für die FDP gegenüber früheren Vorwahlsituationen drastisch verschlechterten Meinungsklima in nennenswerter Weise nur noch das Symbol „Liberal“ als eindeutig positiv besetztes Merkmal feststellen ließ.

d) Die Grünen im Urteil der Wahlberechtigten

Erstmals seit 1957 konnte im Wahljahr 1983 wieder eine vierte Partei Bundestagsmandate gewinnen. Der Frage nach dem Erscheinungsbild der Grünen kommt damit ein besonderes Interesse zu.

Wie bekannt waren die Grünen? Wie hoch war der Anteil der Wahlberechtigten, die sich ein eigenes Urteil zutrauten? Gemessen an dem doch recht „jugendlichen“ Alter der neuen Partei ist erstaunlich, daß 93 Prozent der Befragten mindestens ein positives oder ein negatives Argument nennen konnte. Im Durchschnitt lag die Zahl der Argumente pro Befragter bei 3,3 Argumenten (S. Tab. 5).

Zwei Themenkomplexe schlagen sich in der Beurteilung der Grünen vor allem nieder: (1) der Mangel an einer kohärenten, umfassenden politischen Programmatik, der als zerstritten empfundene innere Zustand der Partei, die mangelnde Regierungserfahrung und die Beteiligung an „Krawallen“, ein Verhalten, das unter dem Aspekt der politischen Moral nicht gutgeheißen wird. All dies wird negativ gewertet. (2) der Einsatz der Grünen für die Belange der Umwelt- und Energiepolitik. Hier schneidet die Partei überwiegend positiv ab. Mit der Umweltpolitik haben die Grünen einen speziellen innenpolitischen Politikbereich fest besetzt. Die Wählerschaft hält ihnen, nicht aber den etablierten Parteien, zugute, daß sie sich für die Belange der Umweltpolitik einsetzen. Von den insgesamt 648 umweltbezogenen Argumenten, die im Zusammenhang mit der Beurteilung von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen vorgebracht wurden, entfielen 91 Prozent auf die neue Partei. Weder die von den Grünen mitgetragenen Positionen der Frauenbewegung noch die der Friedensbewegung haben sich in einer auch nur annähernd vergleichbaren Weise im Urteil der Bevölkerung mit den Grünen verknüpft.

Die Grünen sind nach unserem Befund als eine linksradikale (= negative Bewertung)

Tabelle 5: Die Beurteilung der Grünen vor der Bundestagswahl 1983

Typ des Arguments	%	N	davon positive Argumente %	%	N	davon positive Argumente %
Ideologische Argumente	8	(303)	11			
darunter: ist links				41	(124)	-
ist radikal				31	(93)	-
Gruppenbezogene Argumente	1	(40)	45			
Innenpolitische Argumente	26	(936)	70			
darunter: Umweltpolitik				63	(589)	91
Energiepolitik				13	(125)	45
Außenpolitische Argumente	4	(162)	67			
darunter: Auf- und Abrüstung				57	(93)	81
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	44	(1592)	21			
darunter: Programmatik				29	(457)	21
Parteiorganisation				25	(405)	11
Regierungs- und Oppositionsleistung				24	(375)	35
Politische Moral				11	(178)	16
Krawalle				6	(102)	-
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	3	(94)	22			
darunter: Politiker allgemein				84	(79)	16
Unpolitische Argumente	7	(232)	13			
Unspezifische Argumente	7	(259)	4			
Insgesamt	100	(3618)	33			

Umwertpartei (= positive Bewertung) ohne klar ausformulierte sonstige Programmatik mit einer Tendenz zum Krawallmachen (= negative Bewertung) zu charakterisieren. Die Kompetenzvermutung gilt also der Umweltpolitik. Um ihre Position als Anwalt der Umweltinteressen behaupten zu können, werden die Grünen in absehbarer Zeit ihren Anteil an konkreten umweltpolitischen Entscheidungen nachweisen müssen. Kompetenzvermutungen sind nur ein Vertrauensvorschuß auf Zeit. Umweltpolitische Erfolge sind real ohne Koalitionspartner für die Grünen wohl nicht wahrscheinlich. Die Frage ist also: finden die Grünen einen Koalitionspartner oder können die etablierten Parteien durch ihr politisches Handeln die Kompetenz in diesem politischen Bereich zu recht für sich reklamieren? Ansätze in beiden Richtungen sind zu erkennen.

3. Ergebnis

In den Einstellungen zu den betrachteten vier Parteien spiegeln sich die „alten“ und die „neue“ Konfliktlinie der Politik. Die „linke“ SPD ist für den „kleinen Mann“ und steht dabei

gegen die „konservative“ und „christliche“ CDU/CSU einerseits und die „liberale“ FDP andererseits. Die Grünen, ohne erkennbare soziale Trägergruppe, werden als „linksradikal“ betrachtet und etablieren sich auf dem ideologischen Kontinuum links von der SPD.

Unter den Aspekten der politischen Kompetenz ist die CDU/CSU vor allem Wirtschaftspartei; die SPD steht für die Sozialpolitik, die Grünen für die Umweltpolitik, und der FDP bleibt – wie auch schon in früheren Jahren – gar kein spezielles Politikfeld.

Die Bewertung der FDP ist und bleibt damit 1983 an die Koalitionsproblematik gefesselt. Im Bereich der generellen Kompetenzvermutung dominiert die CDU/CSU. Die SPD, so scheint es, hat nach dreizehn Regierungsjahren abgewirtschaftet.

Betrachtet man die Umweltpolitik als Kernstück der „neuen“ Politik, so hat sich diese neue Politik mit den Grünen eine eigene politische Kraft geschaffen. Dagegen sind die „Systemparteien“, die CDU/CSU, die SPD und die FDP, nach dem Urteil der Bevölkerung in überwältigender Weise den „alten“ Konfliktlinien verhaftet. Unter diesem Aspekt ist es gerechtfertigt, in der Situation des Jahres 1983 einen Ausdruck des Gegensatzes zwischen der „alten“ und der „neuen“ Politik zu sehen. Dabei stehen die CDU/CSU, die SPD und die FDP für die Konfliktlagen der „alten“, die Grünen für die der „neuen“ Politik.

III. Der Zusammenhang zwischen der Beurteilung politischer Parteien und der Wahlabsicht

Der Bürger gibt seine Stimme der politischen Partei, für die – nach seiner Ansicht – die meisten Argumente sprechen. Von dieser These, die auf die Urteilskraft der Bevölkerung setzt, soll hier ausgegangen werden. Zur Überprüfung der These wird, da die tatsächliche Wahlentscheidung nicht bekannt ist, auf die vom Befragten im Interview geäußerte Wahlabsicht zurückgegriffen. Die Wahlabsicht betrifft die Zweitstimme; die Einbeziehung der Information über die Erststimme bleibt anderen Analysen vorbehalten.⁹

Die Wahlabsicht soll durch die Bewertungen vorausgesagt werden, die sich aus den für und gegen die einzelnen politischen Parteien vorgebrachten Argumenten ergeben. Entsprechende Daten sind allerdings nur für die CDU/CSU, die FDP, die SPD und die Grünen, nicht aber für die sonstigen zur Wahl stehenden politischen Parteien verfügbar. Dies schlägt, bei dem geringen Stimmenanteil dieser Parteien, jedoch kaum zu Buche.

Das Bewertungsmuster wurde in zwei Schritten ermittelt. Im ersten Schritt wurde, für jede der vier Parteien getrennt, die Differenz zwischen der Zahl der positiven und der Zahl der negativen Argumente bestimmt. Im zweiten Schritt wurden diese Differenzen zwischen den Parteien in systematischer Weise verglichen. Danach können vier generelle Präferenzmuster unterschieden werden. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß:

1. eine der vier zu vergleichenden Parteien relativ besser beurteilt wird als die drei anderen;
2. zwei der vier verglichenen Parteien gleich, aber besser beurteilt werden, als die beiden anderen;
3. drei der vier verglichenen Parteien gleich, aber besser als die vierte beurteilt werden und
4. alle vier verglichenen Parteien gleich gut oder schlecht beurteilt werden.

Die beschriebenen Grundmuster der Bewertung sind empirisch sehr unterschiedlich verteilt. Die große Mehrheit der Befragten, etwa vier Fünftel, kommt beim Abwägen der Vor- und Nachteile der genannten politischen Parteien zu einem eindeutigen Urteil. Bei 16 Prozent der Befragten stehen zwei, bei 4 Prozent drei Parteien gleichrangig an der Spitze; daß alle vier Parteien gleich beurteilt werden ist ein seltener Fall (3 Prozent).

Die Antwort auf die Frage nach der Voraussage der Wahlabsicht durch die Bewertung der

Parteien muß die unterschiedliche Struktur der Bewertungsmuster berücksichtigen. Generell wird eine Bestätigung der Ausgangsthese dann angenommen, wenn der Befragte eine Wahlabsicht für eine Partei kundgibt, die im Vergleich zu den anderen zur Wahl stehenden Parteien relativ mehr Argumente für als gegen sich hat, oder wenn der Befragte eine der Parteien wählen will, die – hinsichtlich der Verteilung der Argumente – gleichrangig den ersten Platz vor den verbleibenden anderen einnehmen.

Darüber hinaus hängt die Antwort auf die gestellte Frage aber auch davon ab, welche Basis für die Errechnung der Schätzwerte über die Wahlabsicht gewählt wird. So kann man zum einen die Analyse auf solche Befragte beschränken, die auf die Frage nach der Wahlabsicht eine der vier Parteien genannt haben, für die im Interview auch Informationen über die bei diesen Parteien wahrgenommenen Vor- und Nachteile ermittelt wurden. Zum anderen ist es aber auch möglich die Befragten zusätzlich in die Betrachtung einzubeziehen, die eine andere Partei als die CDU/CSU, die FDP, die SPD oder die Grünen wählen wollten, oder die auf die Frage nach der Wahlabsicht keine Antwort gaben. Im folgenden werden beide Anteilssätze berichtet.

Der Befund ist in Tabelle 6 dargestellt. Er spricht für die These, daß die Wahlabsicht als Funktion der Argumentation des Bürgers betrachtet werden kann. Je nach der gewählten Basis der Prozentuierung beträgt der Anteil, zu dem die Wahlabsicht korrekt vorausgesagt wird, 80 bzw. 73 Prozent. Dies kennzeichnet eine für die Umfrageforschung durchaus respektable Beziehung und bestätigt die These vom „mündigen Wähler“.

Die allgemeine Tendenz verdeckt jedoch einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden „großen Parteien“, CDU/CSU und SPD, und den beiden „kleinen“ Parteien, der FDP und den Grünen. Die These greift hinsichtlich der großen, nicht jedoch hinsichtlich der kleinen Parteien. Bei den kleinen Parteien, insbesondere aber im Fall der FDP, genügt ein zahlenmäßiger Vorsprung an „guten“ Argumenten offenbar nicht, um zu einer entsprechen-

Tabelle 6: Der Zusammenhang zwischen den Bewertungsmustern der politischen Parteien und der Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 1983

Bewertungsmuster	Präferierte Partei wird gewählt	Andere als die präferierte Partei wird gewählt	N	Sonstige Parteien werden gewählt	Keine Angabe, Nichtwähler	N
	%	%		%	%	
Eindeutiges Bewertungsmuster	73 77	22 23	865	1	4	916
Zweideutiges Bewertungsmuster	77 84	14 16		177	–	
Dreideutiges Bewertungsmuster	75 91	8 9	44	–	17	53
Vierdeutiges Bewertungsmuster	65 100	– –	22	–	35	34
Insgesamt	73 80	19 20	1090	1	7	1197

Tabelle 7: Die Gesamtbeurteilung von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen und die Beziehung zwischen den Bewertungsmustern und der Wahlabsicht, 1983

Bewertungsmuster	Wahlabsicht 1983							N
	CDU/ CSU	FDP	SPD	Grüne	Sonstige	Keine Angabe		
	%	%	%	%	%	%	%	
CDU/CSU > SPD, FDP, Grüne	83	4	7	-	1	5	100	367
FDP > CDU/CSU, SPD, Grüne	46	20	29	1	1	3	100	70
SPD > CDU/CSU, FDP, Grüne	6	1	86	3	0	4	100	372
Grüne > CDU/CSU, SPD, FDP	14	-	48	28	4	6	100	107
CDU/CSU = FDP > SPD, Grüne	77	7	13	-	-	3	100	62
CDU/CSU = SPD > FDP, Grüne	45	-	37	9	-	9	100	35
CDU/CSU = Grüne > SPD, FDP	63	-	25	-	-	12	100	16
SPD = Grüne > CDU/CSU, FDP	11	3	70	5	-	11	100	56
SPD = FDP > CDU/CSU, Grüne	5	5	74	5	-	11	100	19
FDP = Grüne > CDU/CSU, SPD	17	17	33	-	-	33	100	6
CDU/CSU = SPD = FDP > Grüne	53	6	29	-	-	12	100	17
CDU/CSU = SPD = Grüne > FDP	36	-	18	-	-	46	100	11
CDU/CSU = FDP = Grüne > SPD	38	-	44	6	-	12	100	16
SPD = FDP = Grüne > CDU/CSU	22	11	56	11	-	-	100	9
CDU/CSU = SPD = FDP = Grüne ¹	35	3	27	-	-	35	100	34
Insgesamt	41	4	44	4	1	6	100	1197

¹ Diese Kategorie enthält auch die Befragten, die alle vier Parteien ohne Beurteilung ließen (n = 23).

den Wahlabsicht zu motivieren. So wollte knapp die Hälfte der Befragten, die sich aufgrund der Verteilung der Argumente hätten eindeutig für die FDP entscheiden sollen, für die CDU/CSU votieren. Gleichmaßen wollten 28 Prozent derjenigen, deren Argumentationsstruktur eindeutig für die Grünen spricht, ihre Stimme der SPD geben (s. Tabelle 7). Dies deutet auf eine besondere „Sogkraft“ der großen Parteien hin, die durch gemeinsame Regierungstätigkeit oder durch eine ideologische Nähe, mit den kleinen Parteien verbunden sind. Die bei den gleichrangigen Bewertungsmustern gefundenen Beziehungen stützen diesen Sachverhalt ebenfalls.

Dies Ergebnis bedarf der weiteren Analyse. Es spricht für die Einbeziehung des Erst- und Zweitstimmensplittings ebenso wie für die besondere Gewichtung inhaltlich unterschiedlicher Argumente. Es spricht aber auch dagegen, die Argumentation der Befragten als bloße Rationalisierung durch die soziale Lagerung bereits feststehende Parteipräferenzen zu deuten.

IV. „Mündiger“ Wähler

In diesem Beitrag wurde die These überprüft, ob man das Stimmverhalten der Bürger aus einer abwägenden Beurteilung der zur Wahl stehenden politischen Parteien ableiten kann. Die Analyse hat gezeigt, daß ein solcher Ansatz für eine große Zahl von Wählern tragfähig ist. Die Wählerschaft versteht es, sich ein Bild von den Parteien zu machen, und sie zieht daraus auch Konsequenzen für das Verhalten bei der Wahl. Die Art dieses Bildes ist nicht

beliebig. Es wird, so der Befund, in erster Linie von den politischen Leistungen der Parteien selbst geprägt. Die demokratische Regierungsweise fordert den mündigen Bürger. Wir meinen, daß es ihn in der Bundesrepublik in einem nicht unerheblichen Maße gibt.

Anmerkungen

- 1 *Donald E. Stokes/Angus Campbell/Warren E. Miller* 1958, 368.
- 2 *Bernd Spiegel* 1974, 967.
- 3 *Vladimer O. Key, Jr.* 1966, 61.
- 4 *Anthony Downs* 1967, 40.
- 5 *Morris P. Fiorina* 1981.
- 6 Die Daten wurden im Rahmen des Forschungsprojekts „Bundestagswahl 1983“ erhoben. Dieses Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und gemeinsam mit Manfred Küchler, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, sowie der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, durchgeführt. Bei den berichteten Daten handelt es sich um die Daten der zweiten Welle eines Drei-Wellen-Panels.
- 7 Die Vergleichsdaten sind dokumentiert in *Hans-Dieter Klingemann* 1984, 118–123.
- 8 Vgl. zusammenfassend *Klingemann* 1983, 480ff.
- 9 Vgl. *Klingemann/Taylor* 1985.

Literatur

- Anthony Downs*: An Economic Theory of Democracy. New York: Harper & Row 1967.
- Morris P. Fiorina*: Retrospective Voting in American National Elections. New Haven: Yale University Press 1981.
- Vladimer Orlando Key*: The Responsible Electorate. New York: Vintage 1966.
- Hans-Dieter Klingemann/Charles Lewis Taylor*: Party Evaluations and Voter Behavior in the 1983 West German Election, Paper prepared for delivery at the 1985 Annual Meeting of the American Political Science Association. The New Orleans Hilton, August 29 September 1, 1985 October.
- Hans-Dieter Klingemann*: Die Einstellungen zu SPD und CDU/CSU, 1969–1980. In: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann*: Wahlen und politisches System. Opladen: Westdeutscher Verlag 1983, 478–537.
- Hans-Dieter Klingemann*: Die Bundestagswahl 1983: Sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsansätze. In: Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft e.V. (Hrsg.), Jahrbuch 1983. Berlin: Duncker & Humblot 1984, 94–123.
- Bernd Spiegel*: Image und Imageanalyse. In: Marketing Enzyklopädie, Bd. 1. München: Verlag Moderne Industrie 1974, 965–977.
- Donald E. Stokes/Angus Campbell/Warren E. Miller*: Components of Electoral Decision. American Political Science Review, 52 Jg., H. 2, 1958, 367–370.